

Der Arbeiter

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle Bezirkt Merseburg

Das Blatt erscheint mit ständigen Beilagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und antizipiert durch die verlogenen Behauptungen des bürgerlichen Ministerpräsidenten Gotheiner vor dem Reichsgericht, folgendes Schreiben an den Reichsgerichtspräsidenten gerichtet:

Bezugspreis monatlich 1,20 und 0,30 Mk. Postzusatzgebühren, insgesamt 2,10 Mk. für Höherer mündlichkeit 0,40 Mk. Vollbezugpreis 2,50 Mk. bund Postkosten ausserhalb 2,50 Mk. bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,40 Mk. - Einzelhefte 15 Pf. im Umkreis und 80 Pf. im Restgebiet der Reichweite, Hauptvertriebsstelle: Dr. Wäckerle & Co. Verlag 24605, 24607, 24608. Vertriebskontos 2019 Grlrzt.

Brauns Abwehr

Im Kampf gegen seine Verleumder

Der preussische Ministerpräsident Otto Braun hat am Dienstag, veranlaßt durch die verlogenen Behauptungen des bürgerlichen Ministerpräsidenten Gotheiner vor dem Reichsgericht, folgendes Schreiben an den Reichsgerichtspräsidenten gerichtet:

„Berlin, September, 11. Oktober 1932.
Aus Zeitungsbereichen über die Verhandlung der Verfassungsrechtliche Fragen gegen das Reich ersehe ich, daß in der Verhandlung am 10. dieses Monats der Vertreter des Reiches, Ministerpräsident Gotheiner, in bezug auf meine Person die Behauptung aufgestellt hat, ich hätte auf die Gewährung der vollen Bezüge sehr großen Wert gelegt, mich nach der Gewährung vom Amt nach dieser Frage erkundigt und mich sehr bedrückt erklärt, als mir die Antwort wurde, daß ich meine Bezüge weiter erhalten würde.

Diese Behauptung entspricht nicht der Wahrheit. Ich habe mich niemals beim Reichsminister oder bei der Reichsregierung wegen der Weiterzahlung meiner vollen Bezüge erkundigt oder darum erzuht. Auch habe ich niemals meine Befreiung über die erfolgte Regelung geäußert. Im Gegenteil habe ich es höchst unangelegentlich, auf die Dauer für mich geordnet unerwünscht, daß ich meine vollen Bezüge als Ministerpräsident beziehe, aber von der Reichsregierung gewollt gelehrt wurde, meine Amtsgehälter weiterzuzahlen.

Dr. Braun
Preussischer Ministerpräsident.

Wir müssen der Erwartung Ausdruck geben, daß Reichsgerichtspräsident Bunte das Gehörten der preussischen Ministerpräsidenten in öffentlicher Sitzung zur Beurteilung bringt.

„Seine Leute“?

Ihre Bügeifaste und ihr Charakter

Seit vier Monaten regieren in Deutschland die Barone. Es sind die Herren vom besten Adel. Zahllose Sozialdemokraten, Republikaner und Bürgerliche, die ein Jahrzehnt und mehr dem Staat und dem Volk mit bestem Wissen und Willen gedient haben, sind abgesetzt und zum großen Teil eracht durch Duelle, Offiziere und ehemalige Angehörigen. Alles wie einst, unter Wilhelm II. Die Grafen, die Reichsräte, die Ritter und die Edlen von und zu wachen sie wieder eine Rolle an, als wären sie 80 Prozent des Volkes und nicht 1 Prozent, das sie in Wirklichkeit darstellen. Das ist der Grund, weshalb das Volk diese Regierung Papen „das Kabinett der Barone“ nennt. Nicht, weil sie sich aus Baronen zusammensetzen; sondern weil die Herren nichts gelernt und nichts versen haben, weil es die alten Methoden sind von 1800, der unheilvolle Geist von 1914, der weder den besten noch der Welt Nutzen gebracht hat.

Im Augenblick steht dieses „Kabinett der Barone“, stehen seine Regierungsmethoden vor den Schranken des höchsten deutschen Gerichts unter Anklage. Es geht nicht um die „coramque“ Art, wie die „Seine Leute“ Bildung gelehrt haben; es geht um die achtzehn Motive, die diese Herren bei „grundtätigen“ Verfassungsveränderungen und Gottesanbeter auf Erden anführung“ und 20. Juli zu dem Schand gegen die republikanische preussische Regierung veranlassen. Es sind Missetaten, ebenso „vornehm“ und „sein“ wie die, die zum Sturz dieses fürchten und schließlich dazu, daß die gegenwärtigen Nachfolger, eingebett ihrer „Christenpflicht“, ihrer „Liebesparteilichkeit“ und ihres „Sauberkeitensinnes“ preussische Beamten über ihre gewolltame des Amtes entbunden Dorschreiben anbrechen lassen. Vertreter dieser Sorte „grundtätig“ neuer Staatspolitik“ vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig ist der bürgerliche nationale Ministerpräsident Gotheiner. Er setzt zu seinen Auftragsgebern wie befehlt. Was zu ihrer Charakteristik in den Augen des Volkes noch fehlt, hat er vollenbart.

Im ersten Verhandlungstag hat der Vertreter der adeligen und hochgeborenen Reichsregierung, bürgerlicher Herr Gotheiner, den abgesetzten Gegen-

in einer geschmacklosen und erbärmlichen Art beleidigt und beschimpft, als gäbe es einen Streit zwischen den Caros und den Reichs. Der noble Sachverwalter altpreussischer Adelsgelehrter und eines Kabinetts von Baronen unterföhr einer Persönlichkeit wie Otto Braun, besten ganze Sorge und Bestimmens um den 20. Juli habe darin bestanden, ob und wieviel Gehalt er künftig bekomme. Es war ein anderer altpreussischer Beamter, Ministerpräsident Dr. Buecht, der Vertreter Preußens und einer der vornehmsten, anerkanntesten und verdienstvollsten Beamten, der sich zitternd vor Erregung gegen den edlen Preisrichter des Kabinetts der Barone wandte. Es war der höchste Richter des Deutschen Reiches, der Vorliegende Dr.

Bunte, der dem Schmäher und Schleppentzuger den Geißelrand abwaschen mußte, weil dieser selbst nicht das Gefühl dazu aufbrachte. Klein und häßlich stand er am Schiffe da, wie ein abgesetzter Senator, aber den Mut, die Unverschämtheit zurückzunehmen, den fand der Herr Vertreter des Adelskabinetts nicht. Wie dieser Gotheiner, so seine Auftragsgeber. Keiner von ihnen hat bisher auch nur den Versuch gemacht, von ihm abzurücken oder sich gegen seine Verleumdungen zu wenden.

Methoden des Herrchenluts? Wir haben uns bisher die Manieren „Seine Leute“ anders vorgestellt. Aber in der Gotheiner vor dem Staatsgerichtshof offenbar für ein System. Jenes System, das wie mit der

größten Berechtigung als „Kabinett der Barone“ gekennzeichnet haben. Ein System und seine Herren, das im Verlangen der deutschen Arbeiterklasse nach Freiheit und Gleichberechtigung nur die Schwächheit nicht nach lassen und letzten Decidant nach Lohn und Pension. Ein System, das die deutschen Arbeiter zu Menschen zweiter Klasse herabzuziehen möchte und deshalb seine Führer angestrichelt verurteilen läßt. Niemals haben diese Herren das Volk begriffen, und was sie vom Nation verstehen, das geht nicht hinaus über die eigene Allzucht und reicht nicht weiter als bis zum eigenen Portemonnaie.

„Seine Leute“! Jammoh, es sind keine Leute in der Bügeifaste. In ihren Methoden und ihrem Charakter sind sie allzumal Gotheiners.

Papen sucht Mitarbeiter ...

Sie müssen aber seine Anwendung der Staatsgewalt stützen

Im Verlauf eines Pressegesprächs in München hat der Reichstanzler am Dienstag erklärt, die Parole sei nicht ein Reich, das von Berlin regiert werde, sondern ein Reich, das regiert werde von den vorkriegsständigen Kräften, die gewöhnt seien aus allen Teilen des deutschen Volkes und die sich zur Mitarbeit anböten.

Das soll in dem Zusammenhang in dem diese Worte gesprochen wurden, ein Bekenntnis zum Föderalismus sein, mit dem der Reichstanzler auf die Unterstützung seiner Gesamtpolitik durch die bayerische Regierung und das bayerische Volk spezialisiert. Aber klingt es nicht fast auch wie ein Bekenntnis zur Demokratie, wenn der jetzigen leitende Staatsmann das Reich von den vorkriegsständigen Kräften aus allen Teilen des Volkes regiert sehen will?

Indessen, Vorsicht: diese Kräfte sollen nur Geltung besitzen, wenn sie sich zur Mitarbeit anbieten, und darunter ist natürlich die Unterstützung des Papen-Kurses zu verstehen. Der Reichstanzler ist Demokrat, wenn und inwieweit die tausendjährigen Kräfte so wollen, wie er will. Er respektiert den Grund der Verfassung, wonach die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, nur mit der Maßgabe, daß das Volk die Art, wie es die Staatsgewalt ausübt, billigt. Ereren das Volk und das von ihm gewählte Parlament zu dem Reichstanzler in Opposition, so ist es

mit seiner Demokratie zu Ende. Dann sucht er seine Stütze bei den Kräften des Herrenklubs, der Monarchisten und der durch Subventionen aus bürgerlichen Kreisen zur Mitarbeit gewonnenen Kräfte der landwirtschaftlichen und industriellen Unternehmern.

Was München zu Papen sagt

München, 11. Oktober. (Eigener Bericht.)

Der Vorhänger des Papen-Barone hat seiner Reise nach München eine hoshpolitische Bedeutung gegeben, die ihr aber nach Informationen von bayerischer Regierungseite keineswegs zukommt.

Reichstanzler von Papen hat in seinen Reden, die er bei den Empfängen vor dem Gesamtministerium, dem Landtagspräsidenten, vor der Presse und im Rathaus in direkter Kulage abgeteilt hat, immer wieder betont, daß es sich um einen Höflichkeitssanktion handele, sondern um einen Besuch mit symbolhaftem Charakter. Von Ansprache zu Ansprache wurde sein Bekenntnis zum Föderalismus kammender, bis er schließlich erklärte, es sei die Parole seiner Regierung, nur mit den Händen und durch die Hände das neue Reich zu bauen, ein Reich ohne jeden Zentralismus und Unitarismus, und kein Reich, das von Berlin

aus regiert werde. Herr von Papen legt also Wert darauf, in München für einen bedingungslosen Föderalismus weisblauer Überlegen angesehen zu werden.

In den Kreisen, die heute den bayerischen Staat repräsentieren, hat man dieses begeisterte Bekenntnis zum Föderalismus nicht ungern gehört, doch ist man vorläufig nicht geneigt, es mehr als ein Bippenebekenntnis zu werten. Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz, die die Meinung dieser Kreise und der Regierung selbst wiedergibt, spricht offen aus, daß das Verhältnis Bayerns zur gegenwärtigen Reichsregierung erst dann festes proklamieren Charakters annehmen würde, wenn Herr von Papen seine lebenswichtigen föderalistischen Bekenntnisse auch tatsächlich zum Inhalt seiner Reichspolitik mache.

Einstweilen hat der Kanzler der bayerischen Regierung das Verprechen mitgebracht, daß laut Beschluß des Reichskabinetts mit den bündner Verhandlungen aufgenommen werden, bevor der von der Reichsregierung in Auftrag gegebene Entwurf einer neuen Reichsverfassung ausgearbeitet ist.

SPD-Reichsliste

Die Reichsliste der Sozialdemokratischen Partei zur Reichstagswahl weist folgende Namen an:

- 1. Weib, 2. Seippen, 3. Vogel, 4. Dreißigföhr, 5. Hühner, 6. Jandorf, 7. Sandeberg, 8. Dittmann, 9. Grahmann, 10. Stamper, 11. Marum, 12. Scheffel, 13. Larnow, 14. Wöhrer, 15. Goppel, 16. Hüll, 17. Wernhach, 18. Stellung, 19. Stülken, 20. Geller, 21. Wolenske, 22. Giesels, 23. Simon, 24. Wändner, 25. Karl, 26. Schiff, 27. Schwobden, 28. Schiffens, 29. Forstacher.

Der belgische Wahlkreis

Eigener Bericht

Der sozialistische Sieg bei den Gemeindewahlen erhöht sich hinsichtlich „Insgesamt haben die Sozialisten 100 Mandate gewonnen und 50 verloren. In 74 neuen Gemeinden sind Reichsteile erkoren, denen der Verlust von 15 Reichsteilen gegenübersteht. Der Gewinn geht auf Kosten der Katholiken und der Christlich-Demokraten.

Herriot reißt nach London

Eigener Bericht

Die Zusammenkunft Macdonald Herriot findet am Donnerstag und Freitag dieser Woche in London statt. Herriot reißt am Mittwoch Abflug in Begleitung seines Kabinetts nach der englischen Hauptstadt ab und kehrt am Sonnabend nach Paris zurück. Wahrscheinlich wird auch der englische Außenminister zu den Beratungen der beiden Ministerpräsidenten hinzugezogen werden.

Die gewalttätigen Nazis

Ein Versammlungsverbot und eine späte Erkenntnis der Barone

Der Reichsere Polizeipräsident hat eine für Mittwochabend angelegte Sportpalastversammlung der Nationalsozialisten, in der Dr. Goebbels und der preussische Landtagspräsident Karr reden sollten, verboten. Wir haben nachdrücklich keine Veranlassung, den Nationalsozialisten helfend an die Seite zu treten, obwohl sie noch zu einigen kritischen Bemerkungen.

An der Verbotsbegründung heißt es u. a.: Weil die Nationalsozialisten in letzter Zeit Versammlungen politisch Anderdenbender planmäßig geführt hätten und weil damit gerechnet werden müßte, daß in der nationalsozialistischen Umgebung schon einzelne Zwischenfälle Andersdenkender mit Gewalttätigkeiten beantwortet werden. Eigne mit Rücksicht auf die Ehre und Würde die Genehmigung zu der Veranstaltung nicht gegeben werden.

In der Tat haben die Hitler-Anhänger seit einigen Wochen systematisch Versammlungen anderer Parteien und besonders solche der Deutschen nationalen Verbindung oder zu verbinden gesucht, und es ist des weiteren richtig, daß es mit Gefahren für Leib und Leben verbunden sein könnte, wenn jemand im Sportpalast eine von der des Herrn Goebbels abweichende Meinung laut zu äußern sich getraute.

Siehe hier diese Behauptungen Andersdenker

eine eine Erscheinung, die sich erst in der letzten Zeit bemerkbar gemacht hat? Es hat Versammlungsverboten und von den Nationalsozialisten provozierte Ausschüßigkeiten auch schon früher gegeben und auch in der letzten Vergangenheit nach der versammlungsverbotigen Erscheinung des Reichstagskommisars für Preußen.

Damals jedoch war keine Rede davon, daß die Polizei solche Eörungen der öffentlichen Ordnung mit dem Verbot nationalsozialistischer Zusammenkünfte zu begegnen suchte. Es war gerade eben die Zeit, in der Herr von Papen und Herr Bracht die Hitler-Bewegung hegten und häßlichen und in der, wie das eben erst der Ministerpräsident Dr. Gotheiner vor dem Staatsgerichtshof so schon ausgeführt hat, nach der angeblich ungerichten Behandlung der Nationalsozialisten durch die Regierung Braun-Goering, ein Verbot gefasst werden mußte, um damit dem Ausbruch eines Bürgerkriegs vorzubeugen.“

Wiederum richteten sich damals die tätigen Angriffe der SA- und SS-Leute nur gegen die Margitern, und erst jetzt, wo es den Nationalsozialisten an den Krügen geht, läßt die kommunistische Regierung es für zweckmäßig, das Verbot wieder zuzuschärfen und sich auf die Notwendigkeit der Schaffung von Ordnung und Stille zu berufen.

Umtriebe des Erzkronprinzen

Hochverräterische Pläne zur Wiederherstellung der Monarchie

Der „Wortführer“ macht am Dienstagabend die folgenden sensationellen Feststellungen:

Der Erzkronprinz, der vor seiner Rückkehr aus Holland das Verprechen abgegeben hatte, sich aller Einmischungen in die Politik zu enthalten, entfaltet zur Zeit eine fieberhafte Tätigkeit, die auf seine

Einklang zum Reichsverweser unter Beacht der Verfassung und auf Wiederherstellung der Monarchie gerichtet ist.

Dabei beweist er die vom Vater ererbte staatsmännliche Begabung dadurch, daß er für seine Pläne in den allerweitesten Kreisen Propaganda macht, ohne sich ihrer Zustimmung oder ihrer Verschwiegenheit zu verschließen. Wir stellen unter Beweis, daß der Erzkronprinz folgende Erklärung abgegeben hat:

„Papen, Gleicher, Hinzburg und er, der Erzkronprinz, wählten, was sie wollten und seien sich einig. In einem geeignet erscheinenden Zeitpunkt würde Hinzburg ihn zum Reichsverweser bestimmen und zurücktreten. Er werde sich dann auf die Reichsverweser des Reichs Übergangene Schuldpflicht mit 400 000 betraffende Stahlhelmer stützen. Einen neuen 9. November werde es nicht wieder geben. Die Träger dieses Planes seien entschlossen, für ihre Sache zu kämpfen und, wenn es sein müßte, zu sterben. In Aussicht von Wittelsbach sei mit ihnen einverstanden und werde an demselben Tage, an dem er, der Erzkronprinz, Reichsverweser werde, an die Spitze eines Donau-Reichs treten.“

So der Erzkronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen. Wir stellen, um es nochmals zu wiederholen, unter Beweis, daß sich dieser Herr wiederholt im Gespräch mit politischen Persönlichkeiten in dieser Weise geäußert hat.

Wir können nicht annehmen, daß die Mitteilungen des Erzkronprinzen über den Reichspräsidenten der Wahrheit entsprechen, und richten an die verantwortlichen Reichsminister von Papen, von Gleicher und von Gopl die öffentliche Frage:

Sind Ihnen die Absichten des Erzkronprinzen bekannt, und wie stellen sie sich dazu? Sind Sie sich darüber klar, daß das Treiben des Erzkronprinzen den Zustand des Reichsverrats erfüllt, und sind Sie gewillt, die rechtlichen Konsequenzen zu ziehen? Wird der Oberreichsanwalt seine Pflicht tun?

Severing gegen Gopl

Der gemäßigten seines Amtes entlobene preussische Innenminister Carl Severing, der am Dienstagabend in zwei großen Versammlungen in Saagen in Saagen gesprochen hat, teilt uns zu dem Telegramm des Reichsinnenministers von Gopl, das in der Dienststiftung des Staatsgerichtshofs verlautet wurde, folgendes mit:

Die Angaben dieses Telegramms seien von Anfang bis Ende unrichtig. Es habe sich bei dem Bericht des Reichsinnenministers in Saagen Irrtümern unterworfen vor allem um die Bitte des Freiherrn von Gopl gehandelt, den Ministerialdirektor Dr. Menzel im preussischen Innenministerium unterzuziehen. Daraus habe sich Severing erklärt, er könne eine Zulage in dieser Richtung nur geben, wenn er Klarheit über die Pläne des Reiches in der Frage der Reichsverfassung haben würde. In diesem Zusammenhang habe er dem Freiherrn von Gopl die Frage gestellt, was an den Verfügungen über die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen liege. Darauf habe er die Antwort erhalten, das sei alles noch völlig in der Schwebe.

Severing betont, daß er nach dieser Antwort Freiherrn von Gopl dringend gewarnt habe, einen derartigen Schritt gegen Preußen zu unternehmen, der der geschäftlichen Grundlage entbehre. Es sei nach der Reichsverfassung eine Situation denkbar, in der sowohl der Reichstag, als auch der preussische Landtag völlig versagen, und daß gewisse Elemente dies zum Anlaß nehmen könnten, Anarchie und Unordnung zu stiften. Wenn in solcher Situation eine feste Zusammenfassung der Reichsmittel von Reich und Preußen erfolge, würde die Reichsverfassung eine bessere Plattform haben, als wenn sie ohne gesetzlichen Grund die Sondermaßnahmen der Einsetzung eines Reichskommissars gegen Preußen ergreifen würde. Die beste Lösung liege darin in der Zusammenfassung der entsprechenden Ministerien im Reich und in Preußen zu finden, wie sie im Vorjahr bereits erprobt worden sei.

„Neuer Sicherheitsplan“

Herriots Vorschläge

Herriot wird nach London den Entwurf des neuen französischen „Sicherheitsstatuts“ mitnehmen, das in einem Kabinettsrat endgültig genehmigt wurde. Nach Angaben des „Petit Parisien“, die jedoch nicht überprüfbar sind, werden in dem Plan fünf Konventionen vorgeschlagen:

1. Allgemeine Abrüstungskonvention;
2. Allgemeine Konvention über die Kontrolle der europäischen Rüstungsindustrie;
3. Konvention europäischer Völkervereinigung über die Kontrolle der gegenseitigen Hilfeleistung;
4. Pakt über Gründung und Ausbau eines internationalen Polizeiarms;
5. Protokoll über die Anwendung des Prinzips der Gleichberechtigung.

Gottheiner nimmt nicht zurück!

Der Reichsgerichtspräsident für Otto Braun

Eigener Bericht

Leipzig, 11. Oktober.

Die Verhandlungen des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich über die Klagen Preußens gegen das Reich begannen Dienstag früh mit einer Erörterung über die Angriffe, die am Montag der Reichsvertreter Gottheiner wie aus der Bistüte geflossen seien Severing und Braun gerichtet hatte. Severing hat bereits in Juidau auf die Unmöglichkeit der Behauptung hingewiesen, daß er einen Reichskommissar herbeigewünscht hätte. In Bezug auf die Behauptung, Ministerpräsident Braun habe sich „hochverräterisch“ über die Regelung seiner Gehaltsfrage geäußert, haben die Vertreter Preußens die formulierte Erklärung ab, daß die Anfrage nach der Gehaltsregelung durch die Prozeßvertreter veranlaßt sei, und zwar deshalb, weil aus der Behandlung der Gehaltsfrage durch die Kommissare unter Umständen gewisse juristische Schlusfolgerungen für diesen Prozeß zu ziehen sein würden. Abolut unmaßig sei, daß Braun sich „hochverräterisch“ über die Regelung seiner Bezüge ausgesprochen habe.

Der Reichsvertreter Gottheiner hielt es nicht für nötig, die augenscheinlich zu politischen Zwecken in den Zuhörerraum geschleuberte Verdächtigung zurückzunehmen. Deshalb führte sich der Präsident Bunte veranlaßt, auszusprechen, daß die Annahme, ein Mann wie Braun könne sein Verhältnis zu Preußen nur oder hauptsächlich nach der Geldseite betrachten, als völlig abwegig zu bezeichnen sei. Er dankte dem Gottheiner eine Brücke, indem er annehmen mochte. Aber Gottheiner schwieg, und der Prozeßvertreter mußte feststellen, daß Reichsvertreter die unmaßige Verdächtigung nicht zurücknehmen.

Die Erörterungen wandten sich dann der Frage zu, ob und unter welchen Modalitäten der Staatsgerichtshof Zeugen vernehmen könne.

Es sei übrigens, so fügt der preussische Vertreter hinzu, ersprechend, wie weit sich das Gefühl verbreitet habe, daß die Frage zusammengefaßt werden: „Haben wir überhaupt noch einen rechten Glauben an Rechtszustände in Deutschland?“ Solche Gedankengänge um den Reichsgerichtshof sei in der breitesten Öffentlichkeit vorhanden und das Verhalten der gegenwärtigen Reichsregierung gegen die Autorität des Staatsgerichtshofs sei nicht geeignet, das Vertrauen zu befestigen. Es sei peinlich, wenn man die Frage höre: „Glauben Sie wirklich, daß der Staatsgerichtshof es wagen wird, Recht zu sprechen?“ Man brauche dieses Vertrauen nicht zu teilen, müßte aber mit Bedauern feststellen, daß es immer weiter um sich greifen werde.

Am Schluß der Vormittags-Sitzung verließ der Vertreter des Reiches im Auftrag der Reichsregierung und mit ausdrücklicher Zustimmung des Reichstags folgende Erklärung: Eine Vereinbarung des Reichstags mit Hülfe über ein Vorgehen gegen Preußen ist nicht getroffen. Verhandlungen darüber haben zwischen Ihnen nicht stattgefunden. Auch die Aufhebung des Informatoriums, die Wiederherstellung der St.-Gruppen und die Wiederherstellung sonstiger preussischer Freiheiten waren nicht Gegenstand von Vereinbarungen zwischen dem Reichstags und Hülfe, gehörten vielmehr zum vordemigen am Programm der war, aus Gründen der Gerechtigkeit Ausnahmebestimmungen gegen die Nationalsozialisten zu befehlen.

Ministerialdirektor Dr. Brodt weist demgegenüber darauf hin, daß der Reichstags mit dem dementsprechend lasse, daß er in aktiver Eigenschaft solche Vereinbarungen abgeschlossen habe.

ernannt er die Reichsvertreter für Preußen, diese sich dann nicht mehr Vertreter eines Bundes, sondern der Politik der Reichsregierung, also wird dadurch der Einfluß der übrigen Länder auf ein Nichts reduziert. Deshalb haben fast alle Länder die Rechtsverwahrung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten eingeleitet und Bayern und Baden haben formell Klage erhoben mit dem Ziel der Feststellung, daß die Übertragung der Regierungsgewalt und die Ernennung von Reichsratsmitgliedern in Preußen durch den Reichskommissar der Verfassung widersprechen.

Staatsrat von Jahn für Bayern und der bayerische Vertreter, Ministerialdirektor Bach, haben diese bundesstaatlichen Bedenken klar hervortreten lassen sich in geistvollen Ausführungen der Münchener Staatsrechtslehrer Professor Rawlisch an. In Leipzig durfte er offen reden. In Berlin hat Polizeipräsident Meißner dafür gefordert, daß die auszusprechende Wiedergabe seines Redigutachtens mit einem Zeitungsvorwort beantwortet wurde.

In den Kreis der juristischen Betrachtungen wurde schließlich auch der Artikel 48 der Reichsverfassung einbezogen, vor allem die Frage, welche Voraussetzungen für seine Anwendung erfüllt gegeben sein müssen. Der anerkannt bedeutendste Kenn er des Verfassungsrechts, Professor Kaufmann, Heidelberg, nahm hierbei Gelegenheit, in einem großartigen Vortrag die Bedeutung des Artikels 48 und seine Voraussetzungen darzulegen.

„Wiederholter Verfassungsbruch“

Was der Auswärtige Ausschuss sagt

Die Regierung ist nicht erschienen

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags trat Dienstag vormittag unter Vorsitz des Nationalsozialisten Fried zusammen. Die Reichsregierung war nicht erschienen. Vom Reichstag waren die Vertreter Hamburgs und Thüringens erschienen. Es schloß die Deutschen Nationalen, Zentrum und Bayerische Volkspartei waren durch die Abgeordneten Dr. Well und Graf Duab vertreten. Zur Geschäftsordnung nahm Breilfeld das Wort, um namens der Sozialdemokratischen Partei gegen das verfassungswidrige Verhalten der Regierung und ihre verfassungswidrige Außenpolitik, die das Reich in eine neue Entzweiung hineintreibt, ich ärgere stark einzuweisen. Der Auswärtige Ausschuss, ein Randvollströmchen, ist nur im Zusammenwirken mit der Regierung funktionsfähig. Sachliche Beratung wäre nur lautes Schreien.

Im weiteren Verlauf der Aussprache drängten das Zentrum und die Nationalsozialisten den Antrag ein, die gleichfalls gegen das verfassungswidrige Verhalten der Regierung und ihre Außenpolitik protestieren. Ein kommunistischer Antrag, den Ausschuss in einen Untersuchungsausschuss umzuwandeln und ihn öffentlich tagen zu lassen, wurde abgelehnt. Gegen 12 Uhr mittags

vertrug sich der Ausschuss um nach Drücklegung der Anträge wieder zusammenzutreten.

Nach Wiederzusammenkunft der Sitzung wurde bei Nichtbeteiligung der Kommunisten in einem gemeinsamen Antrag Fried-Wall angenommen, der den wiederholten Verfassungsbruch der Regierung feststellt, aus dem die verfassungsmäßigen Folgerungen zu ziehen dem neuen Reichstag vorbehalten bleibt. Die Regierung beweise vor aller Welt, daß sie nicht den Mut finde, für die Mißbräuche ihrer Außenpolitik einzustehen. Das Wohl der Nation verlange gütlichster die absolute Befestigung dieses verwerflichen und verfassungswidrigen Zustandes.

Breilfeld erklärte dazu, daß die Zustimmung der Sozialdemokraten aus anderen Gründen und mit anderen Zielen erfolge, als die Antragsteller sie verfolgten. Es sei eine eigenartige Jahresfeier von Jargburg, daß die Nationalsozialisten gegen eine angeblich nationale Regierung einen Antrag einbrächten, dem auch die Sozialdemokraten zustimmen könnten. Dies könne jedoch nur geschehen nach der Feststellung, daß die Nationalsozialisten selbst den von ihnen gerühten verwerflichen und verfassungswidrigen Zustand herbeigeführt hätten, indem sie der Regierung von Papen in den Gatteln verpassten.

Drama eines Arztes

In Berlin lebte der aus Wien stammende 52 Jahre alte Gbadarg Dr. med. Et. Flab gemeinsam mit seiner Hausärztin durch Giftschloß aus dem Leben. Wirkstoffliche Not, verursacht durch den Kontrast der blühenden, schuf die Bergwerksgestaltung, die die Tat erklärt.

6 Devisenklieber

In Berlin und Reußen wurden am Montag und Dienstag sechs Personen unter dem Verdacht der Devisenklieber festgenommen. Der Hauptverdächtige heißt Heller.

57 Grubenopfer!

In dem libanesischen Bergwerk Gelsenbois Deed kamen 57 erwachsene und einjährige Bergarbeiter durch Grubenbrand ums Leben.

Gefährlicher Fußballkampf

Bei einem in der Nähe von Wehra stattgefundenen Fußballwettkampf beobachteten etwa 200 Menschen das Spiel vom Dach eines Schuppens aus. Als infolge der Überladung plötzlich das Dach einbrach, erlitten etwa 50 Personen Verletzungen.

Tragischer Freitod

In Essen nahm sich ein Kriminalassistent das Leben. Er glaubte es nicht verdienen zu können, daß ihm ein Rednerposten anlaufen war.

Entführt

Der Glatzener Kontrollant Collins wurde von Banditen überfallen. Die Rednerer bemächtigten sich, von der Frau des Entführten 5000 Dollar Lösegeld zu erpressen.

Die rechtlichen Auseinandersetzungen

Eigener Bericht

Leipzig, 11. Oktober.

Es geheime immer noch Wunder, wenn die ausgeführte Reuzzeit auch nichts mehr davon wissen will. Ein solches Wunder erregt die Dienstgeberbindung des Staatsgerichtshofs, in dem über das Schicksal des Reichs juristisch debattiert wird.

Man rufe sich in Erinnerung: Der Reichspräsident ernannte Herrn von Papen zum Reichskommissar für Preußen, der Reichskommissar erst die beiden politischen Minister Braun und Severing ihres Amtes und erhob die übrigen Minister ihrer Dienstgeschäfte. Er legt gleichzeitig als seinen Stellvertreter den künftigen Oberbürgermeister Bracht ein, der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Innenministers betraut wird. Dieser Kommissar amtiert vollkommen als Innenminister. In dieser Eigenschaft erließ er seine Zweiteilordnung, in dieser Eigenschaft hat er mit den übrigen Kommissaren die vielfachen Stellenbefehle verfügt, die der Entscheidung des Staatsgerichtshofs vorgelegen — aber plötzlich ist der Reichskommissar von der Wirkfläche verschwunden!

Wie ist ein Wunder geschehen kann? Ganz einfach: der Ministerialdirektor Brodtener erklärt, der Reichstags sei nur als Reichstagskanzler, als Führer der Reichsregierung vor dem Staatsgericht vertreten, nicht aber als Kommissar für Preußen! Alles, was der Reichskommissar in Preußen tat und seine Kommissare tun ließ, unterliege nicht der Beurteilung des Staatsgerichtshofs. Das ist höchstens Gegenstand eines innerpreussischen Konflikts, nicht aber eines Konflikts zwischen Reich und Preußen. Man merke die Wichtigkeit und wird nicht einmal

verstimmt. Die Kommissare nehmen alle Rechte für sich in Anspruch, aber lehnen jede Pflicht, sich zu verantworten, ab, sei es vor dem Landtag, sei es vor dem Staatsgericht. Diese Schlüsse ging jedoch aus dem Präsidenten des Gerichts wider den Strich. Er bemühte sich, aus der Praxis des Staatsgerichtshofs dem Reichsvertreter klarzulegen, daß man eine solche Ernennung bei Funktionen bei einer politisch zu beurteilenden Frage unmöglich zulassen könne. Denn es sei doch keineswegs wünschenswert, daß der Staatsgerichtshof nach langen Verhandlungen eine Entscheidung treffe, und daß dann plötzlich erklärt werden könnte, die Entscheidung sei nicht zulässig gewesen, weil — der Reichskommissar nicht vor Gericht vertreten war! Der Appell dieses ungebührlich — bis zum Abend!

Und das ist das zweite Wunder: Am Abend wurde plötzlich der bisher als Zuhörer anwesende Ministerialrat Schöbe aus dem preussischen Innenministerium als offizieller Vertreter des Reichsministeriums für Preußen, d. h. des Reichstags in seiner doppelten Eigenschaft als Reichskommissar, zugelassen.

Der Radmilitär dieses Verhandlungstages gehörte der grundsätzliche Auseinandersetzung über die Bedeutung der Verordnung zur Einsetzung des Reichskommissars. Hier kamen zunächst Bayern und Baden zum Wort. Diese Staaten haben mit der Frage, ob das Land Preußen seine „Pflicht“ gegen das Reich erfüllt habe oder nicht, zunächst nur wenig zu schaffen. Wohl aber mit der anderen, die den bundesstaatlichen Charakter des Reichs berührt: nämlich die Zusammenfassung des Reichsrats, der aus Vertretern der einzelnen Landesregierungen gebildet wird. Ist der Reichstags gleichzeitig Inhaber der preussischen Gewalt, so

Der „Volkspart“ nur für die „Bonzen“!

Unter dieser Überschrift erschien in der „Klassenkampf“ Nummer von 10. Oktober ein Artikel, der angeblich von einem bundestreuem Mitglied des Arbeiterportales stammt. Dazu erlauben wir uns als bundestreuere Sportler folgendes zu sagen:

Bundstreu muß es als sehr merkwürdig erscheinen, daß der angeblich bundestreuere Sportler sich von Schortan keine Kritik im „Klassenkampf“ untersteigt. Denn benannt seinen Artikel mit dem Titel der sogenannten roten Sporteinheit, mit „Kritik Sport“ und setzt weiter hinzu: „Ein bundestreuere Sportler“. Schon dadurch erkennt man den Bogen an den Feder, daß heißt, daß dieser Sportgenosse absolut nicht von bundestreuere versteht oder verstehen will. Wenn er ein bundestreuere Sportler sein will, kann er nicht in dem Sinn verfahren, wie das geschrieben ist. Wir würden diesem Sportler schon empfehlen, mehr Konsequenz aufzubringen und als Unterzeichner zu wählen: Ein Mitglied der Halle für rote Sporteinheit“. Dann hätte es noch einen Sinn; sich aber als bundestreuere zu bezeichnen, wirkt schon mehr als lächerlich.

Wir als wirklich bundestreuere Mitglieder der Arbeiter-Sportbewegung sind dem Sportler in aller Öffentlichkeit sagen, daß er nicht den Anspruch von bundestreuem Mitglied erheben kann, sonst müßte er so viel Disziplin aufweisen, bezügliche Schreibereien zu unterlassen. Die bundestreuere Sportbewegung kann auf solche Sportler genossen gut und gern verzichten. Nun zu dem Artikel selbst:

Der Artikelschreiber sagt gleich im Anfang, daß er nur um die Einheit zu wahren mit den „SPD-Bonzen und Funktionären“ zusammenarbeitet hat. Das heißt also, daß er in Zukunft eine andere Linie einzuschlagen gedenkt. Dann soll er diese Linie aber möglichst bald einschlagen, denn den Trennungsschritt hat er bereits durch den Artikel gezogen. Wenn sich der Artikelschreiber in seiner Kritik so weit verläßt, daß er über Bonzen a. D. sowie SPD- und Gewerkschafts-Bonzen schreibt, die heute den Gau Halle des DABD so halten versuchen, so zeigt er seine geistige Armut ziemlich offen und verläßt als einzige

Zeit mit der Arbeiterbewegung verbunden. Es ist also nicht, wie immer und immer wieder behauptet wird, es bestehe keine Fühlung zwischen Führer und Masse.

Wir können, wenn schon überhaupt über diesen Punkt diskutiert werden soll, mit Tatsachen aufwarten über das „gute“ Verhältnis zwischen Führer und Massen, allerdings möchten wir dann von der Führerin der „Roten Sporteinheit“, der SPD-Führung, reden.

Weiter weitert der „Klassenkampf“-Artikelschreiber noch über den „sehr engen Einbruch im „Volkspart“-Restaurant“. Er stellt vor Oberbonzen, die mit ihren Damen heitlen, und daß auch in diese Zeit Rußland spielte. Das sollte wohl den Eindruck erwecken, als ob hier wegen der Anwesenheit der Gewerkschaftsführer und anderer SPD-Funktionäre etwa Rußland heitlen und auch ein Essen arrangiert worden sei.

Wir als bundestreuere Sportler haben so viel Disziplin und Schulung, daß wir nicht auf dieses Geschreibsel hereinfallen, sondern bei der maßgebenden Stelle im „Volkspart“ Rückfrage stellen haben. Und wurde mitgeteilt, daß die Geschäftsleitung wie alljährlich so auch dieses

untereinander in unzufälliger Art. Wenn schon SPD und SPD, genannt Markieren, so muß trotzdem der Feind vereint geschlagen werden. Das ist das Ziel, was erstrebt werden muß.

Einige Bundestreuere.

Was geht auf dem Schlachthof vor?

Was der Aufklärung einer Magistrate?

Der „Klassenkampf“ hat in letzter Zeit verschiedene Vorgänge auf dem Schlachthof und Viehhof zur Sprache gebracht, die in ihrem Sachverhalt zu stimmen scheinen, da sie, wie jetzt vom Magistrat mitgeteilt wird, Gegenstand der Prüfung seitens der Verwaltung geworden sind. Sehr verständig ist vor allem, daß sich der Direktor Altenstein seit einiger Zeit krank gemeldet hat. Die Pressestelle des Magistrats seit deshalb mit, daß die Prüfung und Untersuchung der in den Artikeln des „Klassenkampf“ erhobenen Vorwürfe noch nicht zu Ende geführt werden konnte, weil eben Direktor Altenstein krank sei und bisher nicht vernommen werden konnte. Die Pressestelle legt nach Abschluß der Ermittlungen die erforderliche Aufklärung an. Die Beschuldigten der beiden Direktoren sollen nach Darstellung des „Klassenkampf“ namentlich auf personellem Gebiet liegen. Direktor Dr.

Wallenberg ist nämlich Regi und Direktor Altenstein liegt den Nazis nahe. Während nun in fast allen Betrieben der „Hörsing“ Arbeiter „wegen Arbeitsmangels“ entlassen wurden, sollen die beiden Direktoren unter Umgehung des Arbeitsamtes S. M. Leute eingestellt haben. Unter den Eingestellten soll sich auch der Raststurmführer Gödde, ein Kasse Wallenbergs, befinden. Außerdem soll Wallenberg seinen Sohn im Betrieb beschäftigt haben. Um für die Nazis Arbeitsplätze freizubekommen, sollen kommissarische Arbeiter wegen Geschicklichen verdrängt worden sein, damit man sie entlassen könne. Weiter sollen sich nach dem Bericht des „Klassenkampf“ beide Direktoren der Verbesserung von Raststürmen bei der Begehung von Arbeiten schuldig gemacht haben. Den Firmen soll u. a. die Bezahlung gestillt worden sein, daß der Sohn Dr. Wallenbergs bei den Arbeiten mitebeschäftigt wurde.

Da tatsächlich Untersuchungen in der Angelegenheit im Gange sind, wird man ja wohl bald Näheres erfahren.

Ein Beitrag, die als erste Front die Kontinente durchquerte, wird am kommenden Sonntag, nachmittags 4 Uhr, im „Halla-Saal“ einen Lichtbildvortrag über ihre Geschichte in den fünf Weltteilen halten. Karten bei Heinrich Gorkan.

Wahlkampf beginnt!

Die Eiserne Front ruft auf
Freitag, den 10. Oktober, 20 Uhr,
sprechen im „Volkspart“:
Siegfried Aufhäuser
(Berlin) und **Anna Schab** (Halle)
über:
Kampf gegen Not u. Reaktion

Wahlplappere gewisser Bonzen
gehen die „Bonzen“ sich immer neuen roten Sporteinheitsführung wieder zu erweisen. Wir als bundestreuere Sportler begreifen es außerordentlich, wenn sich die Führer von Gewerkschaften oder andere SPD-Funktionäre, auch Kandidat, durch Mitarbeit an der Arbeiter-Sportbewegung beteiligen. Hier bemerken wir jedoch, daß sie als Führer und Funktionäre ihre Verbunden-

Jahr ein Schlachtfeld veranstaltete, welches am 10. und 11. Oktober stattfand. Zu diesem Zwecke waren im Restaurant die Zafin gestellt, und zu diesem Zwecke hat die Musik von 12 bis 2 Uhr gespielt, oder nicht für die Führer und Bonzen, sondern für alle Gäste. Wer den „Volkspart“ unterrichtet hat durch Teilnahme am Schlachtfeld, haben wir nicht nachgeschickt, wie der „Klassenkampf“-Artikelschreiber; wir begrüßen es vielmehr, wenn recht viel Gäste vorhanden waren, die dadurch das Unternehmen unterstützt haben. Der Artikelschreiber wird sich hinsichtlich beklagen können, nicht ebenso bedient zu werden, wie die anderen Gäste.

Weber die anderen Entwürfe gegen wir hinweg. Die Arbeiter-Sportler werden unsere Stellungnahme billigen. Wenn in sportlicher Beziehung diese oder jene Mängel vorhanden waren, so gehört dies in die Verantwortung der Sportorganisation. Das ist der richtige Weg!

Nun noch eins an die „Klassenkampf“-Redaktion. Wenn es gilt, den „Volkspart“ eins auf Dack zu geben, ist man immer sehr schnell dabei, ganz gleich, ob es der „Klassenkampf“ ist oder nicht. „Bumerang“ ist druff! ist die Regel. Es gibt aber auch „Klassenkampf“-Beize, die ein anderes Urteil fällen. So konnten wir feststellen, daß Klassenkampfschreiber sagten: „Solchen Kampf haben wir schon gehabt. Das ist ein sehr merkwürdiges“.

Wir sind als Arbeiter-Sportler auch der Meinung, daß der Artikel nicht angebracht war, zumal jetzt, wo die hallische Arbeiter-Sportbewegung die Mächtigsten benutzen soll, nicht deshalb, wie einmal der „Klassenkampf“ schrieb, um das Unternehmen zu retten, sondern deshalb, weil der „Klassenkampf“ die Spitze ist, von wo aus die Arbeiter-Sportler Schulung und Fortbildung im Kampf gegen die Reaktion erhält, sei es durch gemeinschaftliche oder politische Versammlungen. Die Arbeiter-Organisationen, gleich welcher Art, haben nur einen Feind, den Faschismus, dem gilt der Kampf. Darum den Kampf mehr darauf konzentrieren und nicht den Kampf

Vom mitteldeutschen Arbeitsmarkt

Saisonmäßige Belebung.

Nachdem die Zahl der bei den Arbeitstätten des Landesarbeitsamtes Mitteldeutschland als arbeitslos und vorgemerkten Personen in der ersten Hälfte des Monats September um 2173 gesunken war, fiel die Zahl dieses Personenzustandes in der zweiten Septemberhälfte auf 476 777 am 15. September um 26 319 Personen auf 450 458 Arbeitslose am 30. September.

Von diesen 450 458 Arbeitslosen erzielten 61 211 versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung, 98 754 Arbeitslosengeld und 171 987 Arbeitslosenunterstützung.

Zur gleichen Zeit des Vorjahres fanden dem mitteldeutschen Arbeitsmarkt 301 724 Personen zur Verfügung. Es sind also in diesem Jahre Ende September trotz der „Klassenkampf“-Wahl durch die Papier-Deckung“ das noch 58 754 mehr Arbeitslose vorhanden als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zahl der Gewerkschaften, die von der Statistik erfasst wird — und das sind lange nicht alle — ist also jetzt noch um 13 Prozent höher als im Vorjahr.

Der augenscheinliche Rückgang in der Zahl der Arbeitslosen ist mit dazu zurückzuführen, daß Wägnisse aus saisonmäßigen Gründen eingetreten sind und daß sich weiter ein Teil der aus den Unterstützungsentscheidungen ausgesetzten Personen nicht mehr bei den Arbeitsstätten um Arbeit bemüht.

Die Erhaltung der Wirtschaft soll sich hier und da langsam in Auswirkung der Pläne der Reichsregierung zu lösen beginnen, so meint das Landesarbeitsamt. Es ist sehr vorsichtig in seiner Formulierung über die realistischen Auswertungen der vielen Maßnahmen von Wirtschaftseinstellungen der Arbeitsstätten in den Betrieben. Von der besonderen Anstrengung durch die Regierung ist also noch wenig zu hören.

Reichsbahnaktion — Nazi-Schwarz

Am 9. und 10. Oktober fanden im Reichsbahn-Betrieb die Wahlen der Beamtenräte statt. Nach einem vorläufigen Ergebnis erhielten auf den hällischen Dienststellen die eingereichten Listen folgende Stimmen: Die christlichen Verbände 476, die Verbände der Deutschen Beamtenverbände 504, die Nationalsozialisten 464, die Sozialistischer 451, der freigeberische 451, die Kommunisten 302.

Demgegenüber ist, daß es die Nazis im Gebiete der Reichsbahnaktion in der hällischen Dienststellen die eingereichten Listen folgende Stimmen: Die christlichen Verbände 476, die Verbände der Deutschen Beamtenverbände 504, die Nationalsozialisten 464, die Sozialistischer 451, der freigeberische 451, die Kommunisten 302.

Die Abstimmung in der Reichsbahnaktion erklärt so manches, worüber sich die Dienststellen bisher wunderte.

Im Bankprozeß Schwarz

Wurde am Dienstag die Vernehmung des Angeklagten fortgesetzt. Erwidert wurden insbesondere die Aussagen, die er in den einzelnen Geschäftsjahren dem Finanzamt eingereicht hatte und deren Inhalt von den offiziellen Geschäftsbüchern abweicht. Weiter wurden eingehend erörtert die einzelnen Konten, die der Angeklagte für sich führen ließ, nämlich das Privatkonto, das Konto mit und das Konto separate. Der Angeklagte gab bei dieser Gelegenheit Erklärungen ab, auf welche Weise er seinen Wechsellagerungsbuchmäßig ausgleichenden Stoffe. Schließlich wurde noch in die Vernehmung seiner eigenen Vermögensverhältnisse eingetreten. Diese Vernehmung wird am nächsten Verhandlungstag, nämlich am Donnerstag, fortgesetzt werden. Zu erörtern sind noch die dem Angeklagten zur Last gelegten Depotunterstützungen, das Depotverwehren, die Unter-

Wahlzugreif zu!

Hauptgewinn 100 000 RM.
Ziehung 1. Klasse am 21. und 22. Oktober

Kümmel, Leipziger Str. 16
Schulze, Pröderstraße 3
Arnold, Leipziger Straße 33

Feudaler Drang nach der Futterkrippe!

Korps Saxonia

Wenn die feinen Leute sich freuten, erfährt das Volk die Wahrheit! Herr Dracht hat kürzlich 24 gefangenschaftliche Deame geföhrt, von denen nicht weniger als elf ablig waren.

40 Prozent, das ist bekanntlich der Satz, mit dem vor dreißig Jahren der Adel in der Verwaltung vertrieben war. Der Dracht tag nahe, daß bei den elf ausgewählten obigen Herren noch andere Beziehungen vorliegen müßten, die sie zu Auserwählten des Kabinetts der Barone gemacht haben. Man erhält jetzt Klarheit darüber durch lautes Geschrei der nationalsozialistischen Konkurrenz. Dort gibt es auch Herren vom Adel, also gefangenschaftliche Reaktionsäre, die sich jetzt darüber beschweren, daß man ihnen andere vorgezogen hat. Bei diesem Geschrei vertrat sie das Ministerium, nach dem das Kabinett der Barone vorgegangen ist. Es sind ernannt worden: Graf von Degenfeld-Schenburg zum Oberpräsidenten in Niederbayern, Freiherr von Nord-

hoff zum Polizeipräsidenten in Magdeburg, Herr von Kottwitz zum Polizeipräsidenten in Kassel und ein Herr Kretschmer zum Regierungsdirektor in Berlin. Alle vier gehören dem Korps Saxonia, Göttingen, an, wie die nationalsozialistische Presse feststellt. Zum Korps Saxonia Göttingen gehört auch der Reichsinnenminister Freiherr von Gagl. Hier werden die Fäden sichtbar, die das Kabinett der Barone mit seinen auserwählten Beamten verbindet.

Die nationalsozialistische Presse entkräftet sich über die Handlungsweise des Herrn von Gagl und kündigt an, daß auf dem nächsten Kongress des Reichsvereins S. C. Verbandes dagegen Protest erhoben werden wird. Da tritt ein Gegenlag zwischen dem Korps Saxonia als bevorzugtem Korps und anderen Korps zutage, die ebenso gerne bevorzugt sein möchten. Der Gegenlag zwischen Nationalsozialisten und Deutschen, soweit er in der Schicht der feinen Leute zutage tritt, entpuppt sich damit als ein wütendes Geräusch feudaler Kuckuckstische Korps um die Futterkrippe!

Nazi-Paradiese

Eine Abrechnung

Keine Kusrede mehr! Immer noch operieren die Nazis mit der Kusrede, sie seien zwar die härteste Partei, aber die besten Gegner ließen sie nicht an die Macht. Deshalb hätten sie noch nicht zeigen können, was sie zu leisten imstande seien. Ihr Programm sei so vortrefflich und ihre Führer so tüchtig, daß sie das Dritte Reich zum Paradiese ausstatteten würden. Die Kusrede ist vorbei! Es gibt jetzt schon eine Reihe „Nazi-Paradiese“.

In einer eben erschienenen Broschüre sind sie einmal etwas genauer betrachtet und Verzeichnisse aus zehn Nazi-Paradiesen veröffentlicht worden. Albersdorf, Erde, Reß, Feuer, Schmalberg, Waldgrün, Koburg, Braunschweig, Mecklenburg und Thüringen sind nur eine bescheidene Auswahl. Hier aber sind die Nazis an der Macht, hier regieren sie. Und nirgendwo sind die paradiesischen Zustände eingetreten. Überall haben die Nazis nicht nur völlig verfaßt (das wäre noch erträglich), sie haben demütigt oder auswärtiger Unfähigkeit zur Katastrophe getrieben. Fürchterlich ist die Regierungswirtschaft in diesen Nazi-Paradiesen. Jeder Bericht ist eine Anklage gegen die Nazi-Partei und eine Warnung.

Deutschland nicht diesen Katastrophepolitikern auszuliefern. Hier ist das Material zusammengetragen, das erfolgreich gegen die Nazi-Partei zu gebrauchen ist.

Programm und Praxis. Das ist der höchste Punkt in der Nazi-Praxis. Kommen diese beiden erst in die praktische Arbeit, dann sind sie jederzeit bereit, das ganze Programm zu verraten. An einer Fülle von Einzelbeispielen ist gezeigt, wie ganze Nazi-Fraktionen ihre eigenen Programmpunkte alsbald verraten und wieder Berrat oder Nazi-Besprechungen ist das Verfall ihrer Praxis.

Nazi-Büsten. Reinger und Erneuerer Deutschlands nennen sich die Nazis. Die Broschüre zeigt Betrüger und Betrüger bei der praktischen Arbeit. Unterfugungen und schamlose Korruptionen sind an der Lagerordnung Landesverwalter, Spione und Urkundenfälscher werden mit furchtbaren Kosten in der praktischen Arbeit betraut. Parteibüchsenamtswirtschaft ist in Reinkultur!

Eine Abrechnung mit den praktischen „Laten“ der Nazis stellt bislang in dieser Zusammenfassung. Jetzt ist eine Waffe vorhanden, die die Nazis an ihrer schwächsten Stelle trifft. Verlangen Sie in der Buchhandlung oder vom Broschürenvertrieb die neue Broschüre „Nazi-Paradiese“ zum Preise von 10 Pf.

Notverordnungen für Pächter

Die sozialdemokratische Reichsregierung hat mit ihrem Drängen auf vorläufigen Pächterfolg wenigstens einen Teilserfolg gehabt.

In der Verordnung des Reichspräsidenten über landwirtschaftliches Vermittlungsverfahren, Vollstreckungsschutz und Pächterschutz vom 27. September 1932 wird in Artikel 3 ein Kündigungsschutz für Pächter landwirtschaftlicher Grundstücke ausgesprochen. Kündigung der Pächter eines zu landwirtschaftlichen, obdaueralichen oder gewerksmäßiger gärtnerischer Nutzung verpachteten Grundstücks der Pächtervertrag, wenn der Pächter mit der Zahlung des Pächterzinses gang oder teilweise im Rückstände ist, so kann auf Antrag des Pächters das Pachtverhältnis nicht bestimmen, daß die Kündigung als nicht erfolgt gilt.

Dem Antrag darf nur entsprochen werden, wenn der Betrag an Umständen besteht, die in der wirtschaftlichen Gesamtsituation begründet sind, und die der Pächter nicht abwenden konnte.

Gang besonders soll dabei ein Betrag des Pächters Rückzahlung finden, wenn er auf außerordentliche Verluste durch Unwetter oder Viehseuchen zurückzuführen ist oder darin seinen Grund hat, daß die Preise der Produkte, auf deren Erzeugung der Betrieb allein oder überwiegend gerichtet ist, hinter den allgemeinen Stand der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse seit Ende 1930 außerordentlich zurückgegangen sind. Der Antrag auf Aufrechterhaltung der Kündigung soll abgelehnt werden, wenn die ordnungsmäßige Fortführung des Betriebes durch den Pächter nicht gesichert erscheint. Der Antrag kann nur binnen einer Woche gestellt werden, nachdem die Kündigung dem Pächter ausgeschrieben ist. Falls das Pachtverhältnis zum Antrag des Pächters entspricht, so darf wegen desselben Pachtverhältnisses vor dem 31. Dezember 1933 nicht erneut geltend gemacht werden.

Die Verordnung hat rückwirkende Kraft für Kündigungen erlassen, die vor ihrem Inkrafttreten erfolgt sind, sofern nicht das Pachtverhältnis vor diesem Zeitpunkt vom Pächter jenseitig gekündigt oder vom Verpächter anderweitig verpachtet worden ist.

In diesem Falle muß der Antrag innerhalb eines Monats seit dem Inkrafttreten der Verordnung beim Pachtvermittlungsamt gestellt werden. Die

Verordnung ist am 28. September in Kraft getreten. Zuständigsteit und Verfahren im Rahmen dieser Verordnung richtet sich nach den Vorschriften für Pachtvermittlungen.

Auch die kommissarische preussische Staatsregierung hat in ihrer Verordnung zur Vereinfachung und Beschleunigung der Verwaltung vom 1. September 1932 eine Neuerung gegenüber der bis dahin geltenden preussischen Rechtsverordnung in Kraft gesetzt. Beim Beschwerdeverfahren in Pachtvermittlungen gab bisher die Bestimmung, daß ein Beschwerdebescheid, welches bei der Entscheidung über eine Rechtsbeschwerde oder eine Berufung von der ihm zustehenden Entscheidung eines anderen Landgerichts oder von einer Entscheidung des Kammergerichts, die zu derselben Rechtsfrage ergangen war, abzuweichen durfte, die Sache dem Kammergericht unter begründeter Darstellung der eigenen Rechtsansicht zum Erlaß eines Rechtsbeschlusses über diese Rechtsfrage vorzulegen hatte. Es ist jetzt der preussischen Pachtvermittlungsverordnung § 7 A eingefügt worden, der besagt, daß, wenn von einer der Parteien (Pächter oder Verpächter) die Einholung eines Rechtsbeschlusses über eine bestimmte Rechtsfrage beantragt wird, das Landgericht über den Antrag durch einen mit Begründung versehenen Bescheid zu entscheiden hat.

Dehnt das Landgericht die Einholung eines Rechtsbeschlusses durch Bescheid ab, so stellt dem Beschwerdebesucher der Rechtsweg in einer Woche seit Zustellung des Beschlusses des Landgerichts die Beschwerde an das Kammergericht an.

Das Landgericht darf eine Entscheidung zur Hauptinstanz nur erlassen, wenn innerhalb der beschriebenen Frist die Einlegung einer Beschwerde nicht erfolgt ist oder wenn die Beschwerdeentscheidung des Kammergerichts vorliegt. Während die Verordnung des Reichspräsidenten den Pächtern zu einem gewissen Umfang eine Kündigungsschutz gewährt, kann in der neuen preussischen Verordnung ein Vorteil für die Pächter nicht erlangt werden. Wir sehen in ihr vielmehr eine Einschränkung für die Pächter, die nach allen bisherigen Erfahrungen die Fristen von einer Woche nicht einhalten werden, so daß bei Rechtsbeschwerden der Pächter in Zukunft noch mehr als bisher die verpächterfreundliche Entscheidung der Kammergerichte den Ausschlag geben wird. A. Lipschitz.

Kindermißbrauch

SPD-Protest im Preußenlandtag

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Antrag einen Antrag eingebracht, der sich mit dem Votandum gegenüber der Nazis befaßt. In diesem Antrag heißt es:

In zahlreichen Bezirken Groß-Berlins sind die größten Vorkaufsmaßnahmen gegen die Gefahr der Weiterverbreitung ansteckender Kinderkrankheiten, wie spinale Kinderlähmung, Windpocken, Scharlach und Masern, getroffen. Die Impftermine sind in vielen Fällen aus denselben Gründen ausgefallen. Den Nationalsozialisten mußte das alles bekannt sein. Trotzdem haben sie in der leichtfertigen Weise die Kinder zu Tausenden in Verbannung geschickt, ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Kinder, nur um ihr Agitationsbestreben zu befriedigen. Wir beantragen: Der Landtag möge beschließen, den Reichskommissar zu ersuchen, dem Antrag über folgende Fragen Auskunft zu geben:

1. Welche Maßnahmen haben die Nationalsozialisten in Verbindung mit der Polizei getroffen, um den selbstverpflichteten Anforderungen der Jugendpflege und den einfachsten Geboten der Gesundheitspflege bei einem Massenmarsch wie diesem zu genügen?

2. Welche Vorkehrungen haben die Behörden getroffen, um die Unterbringung und Verpflegung der Kinder in einer der berüchtlichen Sammelkassen und der damit verbundenen erheblichen gesundheitlichen Gefährdung entsprechenden Weise auszuweisen zu können?

3. Welche Fälle von Krankheiten, Unglücksfällen usw. sind vorgefallen?

Die Feststellungen über die Enttarnung der Kinder beim Hitler-Tag in Potsdam haben in der Öffentlichkeit berechtigtes Aussehen erregt. Die Regierungsbürokratur der NSDAP verurteilt sich reinzuwischen, sie hat aus diesem „Berichtigungs“ gefehlt, in der veröffentlicht wird, daß am Dienstag nach dem Hitler-Tag in Potsdam 11 Kinder lagen.

Notwendigkeit der Demokratie

Friedrich Adler vor der Jugendinternationale

Eigener Bericht

Prag, 11. Oktober.

Der zweite Tag des internationalen Sozialistischen Jugendkongresses begann mit einer großen Rede von Friedrich Adler über „Arbeiterjugend und Demokratie“, in der der Gedanke der Arbeiterinternationale die Notwendigkeit der Demokratie als Voraussetzung für die Bekämpfung des Sozialismus eingehend begründete.

Es war verheißt — so führte Adler aus — auf Grund der Ereignisse in Deutschland die Demokratie als nutzlos für die sozialistische Arbeiterbewegung zu verwerfen. Was in Deutschland geschehe, sei nur aus den besonderen deutschen Verhältnissen zu verstehen und aus den übertriebenen Hoffnungen auf die Demokratie nach dem Kriege. Der Glaube, es genüge, eine Staatsform zu ändern und die Demokratie einzuführen, sei irrig. Volk und Staat müßten von der Demokratie durchdrungen sein, um die demokratische Staatsform wirksam zu machen; ebenso wie die Massen von der Theorie des Sozialismus erfüllt und zum Sozialismus erzogen werden müßten.

An der Debatte wurde das Referat von allen Rednern unterstützt und die Notwendigkeit des Kampfes gegen Faschismus und Militarismus betont. Borinck-Amsterdam erklärte in seinem Referat über den Frieden, seine beste Stütze sei eine starke sozialistische Arbeiter-

bewegung. Der Kampf für den Sozialismus sei zugleich der Kampf für den Frieden. Erst dann werde der Hitler-Staat seine Aufgabe erfüllen, wenn aus dem Bund der Regierungen ein Bund der freien Nationen geworden ist.

Reinfall der Kommissare

Weiß und Heilmann werden nicht strafverfolgt

Die Strafkammer des Landgerichts I hat die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten Dr. Weiß und den früheren Kommandeur der Berliner Schutzpolizei Oberst Heilmann, gegen die die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Mißbegleitung der Anordnungen des Berliner Militärbehördenhabers, General von Runstedt, erhoben hatte, abgelehnt.

Die Strafkammer hatte die Anklage der Staatsanwaltschaft bereits einmal zur nachträglichen Nachprüfung zurückgegeben. Die Staatsanwaltschaft bestand jedoch auf Grund höherer Anweisung auf Erhebung der Anklage. Jetzt hat die Strafkammer nach nochmaliger Prüfung die Eröffnung des Hauptverfahrens wiederum abgelehnt, und zwar mit der für Papen und Bracht niederschmetternden Begründung, daß die Anklage in tatsächlicher und rechtlicher Beziehung der Grundlage entbehre. Damit ist in diesem Fall bereits festgestellt, mit welcher unzulässigen Rechtsauffassung die kommissarische Regierung am 20. Juli zu Werke gegangen ist.

Die Firma des Herrn v. Papen

Eigener Bericht

Leipzig, 11. Oktober.

Die etwa 60 Mann starke Belegschaft der Steingutfabrik Willeroy u. Sohn ist nahezu einmütig in den Streik getreten, um einen Lohnraub auf Grund der Papen-Verordnung abzuwenden. Obwohl Nazis und Nazis eine gemeinsame zentrale Streikleitung gebildet haben und alles tun, um den Arbeitskampf der Arbeiter zu lähmen, ist die zündende Gewerkschaft der Arbeiterbeizenerverband, burgaus Herr der Nazis. Die eingeleiteten Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts sind noch nicht zum Abschluß gekommen.

Bei Willeroy u. Sohn war Herr von Papen bis kurz nach seinem Amtsantritt als Reichsstatthalter Aufsichtsratsmitglied. Die Firma hat auch im Goargebiet größere Erzeugnisse. Auf diese findet die Rotverordnung keine Anwendung. Ist das der Grund, warum die Firma im Goargebiet zur Zeit so wenig arbeiten läßt?

„Nationale Säule“ geborfen

Eigener Bericht

Magdeburg, 11. Oktober.

Am 11. Oktober begann vor dem hiesigen Schöffengericht der Prozeß gegen die ehemalige „nationale Säule“. Es ist der Domänenpächter, Bandendführer und Provinziallandtagsabgeordneter Fild, ein besonders gefährlicher Gegner der Republik und glühender Vorkämpfer für die „Eidwahrung und Erneuerung Preußens“. Doch er läßt nicht einmal feißt fauler heißen tonnen, brachte ihn auf die Anklagebank. Fild hat sich wegen Kontursverbrechen, Betrug und ähnlichen Taten zu verantworten. Seine Privatgüter hat der schwarzweißrote Agitator um 360 000 Mark gebracht und dem preussischen Staat schuldete er die Pachtsumme von 750 000 Mark. Fild, der ein sehr verdienstvolles Leben führte, mußte also, warum er für ein „neues Preußen“ kämpfte, dem alten war er zwei Mal schuldig.

Was tut der Staatsanwalt?

Nazis bereiten „Bartholomäus-Nacht“ vor

Eigener Bericht

Die sozialdemokratische „Freie Presse“ für die Oberamtsbezirke Zeitzingen und Lützen erörtern in ihrer Montagausgabe einen dokumentarischen Nachweis für die von dem Hitler-Banditen geplante „Bartholomäus-Nacht“ in Lützen.

Die Terrorakte und die „Nacht der langen Messer“ sollen vom 1. bis 5. August stattfinden und sie werden wie in Ditzingen und Schellen in die letzte Eingekerkelung vorbereitet. Die „Freie Presse“ weist zugleich nach, wieviel führende Lützen Sozialdemokraten „umgelegt“ werden sollten, und nennt die Namen der SA-Beute, die zu jedem einzelnen Mord bereitgestellt und zur Ausführung entschlossen gemacht sind. Die geplante Anleihe von dem Reich des Nazi-Rebateurs v. Camjon, der auch die genaueste Anweisung gegeben hatte, wo die Wörder die Waffen abzuladen hatten und wo die notwendigen Autos zur Verfügung standen.

Es ist zu fragen, was ist der Staatsanwalt als unternimmt, nachdem ihm diese Anklagenmaterial gegen die SA offensichtlich unterbreitet worden ist? Daß die Mordvorbereitungen der Hitler-Banden der Eiferen front in Lützen bereits vor dem 31. Juli bekannt gewesen sind und die Wörder sich blutige Rippe geholt hätten,

wäre höchstens der Anlaß für ein Sondergericht gewesen. Sozialdemokraten und Reichsamerikaner anzugreifen, wie in Ditzin, Zeitzin, Sternitz und Berlin. Was gebiert der Staatsanwalt in Lützen zu tun?

Das Nazi-Partei buch regiert

Die Nazis regieren, herrscht das braune „Partei buch“, das ist eine alte Erfahrung. In Thüringen hat sie sich so schnell bewährt, daß eine Verordnung des Thüringischen Reichstages schon wenige Wochen nach dem Amtsantritt der Nazi-Regierung in Weimar bei jeder Gelegenheit Befehle von Stellen des juristischen Dienstes mit Nationalsozialisten Protest erhoben hat.

Wie in Thüringen so jetzt es in Oldenburg, Mecklenburg, Braunschweig und überall dort aus, wo Nazis regieren. Das einst viel bespödelte „Partei buch“ befehrt die Kemter.

Fünf Nazis in Düsseldorf verhaftet

Eigener Bericht

Am Zusammenhang mit den Schlägeren in einer deutschen Nationalen Versammlung, die am Freitagabend in Düsseldorf abgehalten wurde, sind fünf Nationalsozialisten verhaftet worden. Sie werden sich wegen Aufrufs und schwerer Banditenbrüche zu verantworten haben.

